

Münster, 07. April 2025

RATSANTRAG

„Konzept zur Förderung demokratischer Bildung in Schule und Zivilgesellschaft“

Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zur verstärkten Demokratieförderung in Schulen sowie für Projekte der politischen Bildung in der Zivilgesellschaft zu entwickeln.

Zur Umsetzung soll die Verwaltung prüfen:

1. Die Einführung bzw. Stärkung von Demokratiewerkshops, Schülerparlamenten und Projekten zur politischen Bildung an Schulen.
2. Die Förderung von stadtteilbasierten Programmen zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Sensibilisierung für demokratische Werte.
3. Die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Unterstützung lokaler Initiativen und Vereine, die sich für Demokratie und gegen Extremismus einsetzen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, darauf hinzuwirken, dass

1. die Stadtbücherei regelmäßig Bücherlesungen zum Thema Demokratie veranstaltet.
2. Die VHS ein regelmäßiges „Forum Demokratie“ als ein Format etabliert, um über aktuelle Probleme zu diskutieren.

Begründung:

Die Demokratie in Deutschland steht unter Druck durch extremistische Strömungen, die sich in Wahlergebnissen zeigen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, politische Bildung und das Bewusstsein für demokratische Werte zu stärken. Freiheit in Europa erfordert Sicherheit, die durch den russischen Angriffskrieg, globalen Wandel und Wettbewerb herausgefordert wird. Besonders Münster als Stadt des Westfälischen Friedens hat hier eine wichtige Rolle.

Schulen sind zentral für Demokratieverständnis, kritisches Denken und Toleranz. In Regionen mit hohen Wahlergebnissen extremistischer Parteien braucht es verstärkte Bildungsangebote, um junge Menschen für Demokratie zu sensibilisieren und gegen Desinformation zu wappnen.

Auch die Zivilgesellschaft muss einbezogen werden: Demokratie lebt vom Engagement. Daher sollen Projekte gefördert werden, die Zusammenhalt stärken, Partizipation fördern und extremistischen Narrativen entgegenwirken.

Durch Zusammenarbeit mit Institutionen wie der Bundeszentrale für politische Bildung kann eine nachhaltige Demokratieförderung erfolgen. Die Verwaltung soll zur Umsetzung Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und Stiftungsebene prüfen.

Gez. Stefan Weber und Fraktion